

Die Straßenbahngesellschaft über die „Tarifreform“.

Die Straßenbahngesellschaft sieht sich jetzt veranlaßt, ihre Zurückhaltung der Öffentlichkeit gegenüber aufzugeben. Sie übermittelt uns eine ausführliche Begründung ihres Antrages, die sie folgendermaßen einleitet:

Zur erneuten Stellung von Tarifierhöhungsanträgen haben wir uns für verpflichtet erachtet, nachdem im weiteren Verlauf des Krieges bei uns die unerschütterliche Ueberzeugung Platz gegriffen hat, daß die Straßenbahn ohne eine ausreichende Tarifierhöhung in den nächsten Jahren notgedrungen ihrem wirtschaftlichen Verfall entgegengehen muß. Die Steigerung aller Ausgabenposten ist allmählich eine so gewaltige geworden, daß sie den im Verhältnis zu den Einnahmen geringen Reingewinn des Unternehmens aufzehren muß. Wenn diese Wirkung bisher nicht eingetreten ist, so beruht dies auf vorübergehenden Ursachen, die mit Kriegsbeendigung wegfallen, namentlich auf dem beschränkten Fahrplan und auf der Tatsache, daß das Betriebspersonal während des Krieges zum größeren Teil aus Hilfsarbeitern der untersten Gehaltsstufe besteht.

Es wird dann weiter dargelegt, daß Lohnerhöhungen im Betrage von mindestens vier Millionen Mark unerläßlich sein werden.

Die daheim gebliebenen Angestellten haben inzwischen durch Teuerungszuschläge und Ueberstunden gegenüber dem Friedensgehalt ein Mehreinkommen von 35 v. H. erlangt. Da ein nennenswertes Herabgehen der Lebensmittelpreise nach dem Kriege für lange Zeit nicht zu erwarten ist, so ist die selbstverständliche Folge, daß nun für sämtliche Angestellte eine Lohnerhöhung gefordert wird, die dem Mehreinkommen von 35 v. H. einigermaßen entspricht. Bereits eine Lohnerhöhung von 25 v. H. bringt gegenüber dem letzten Friedensjahre 1913 eine Mehrbelastung von rund 4 000 000 M.

Aus Steigerung der Materialpreise, Erhöhung der Steuern und Erneuerung der Gleisanlagen, des Wagenparks usw. werden weitere 3 Millionen Mark errechnet, so daß im ganzen 7 Millionen Mehrausgaben zu decken sein werden. Demgegenüber glaubt die Straßenbahngesellschaft ein erhebliches Vermindern der Einnahmeziffern durch die „Konkurrenz“ — worauf wir schon hingewiesen haben — fürchten zu müssen, was sie mit weiteren 5 bis 6 Millionen als Mindestsumme in Rechnung stellt. Sie sieht deshalb den Verfall ihres Unternehmens voraus, wenn ihr nicht durch die „Tarifreform“ die Finanzen aufgebeßert werden. Den früheren — im vorigen Jahre bekanntlich abgelehnten — Teilstreckentarif will sie als ungenügend fallen lassen und an seine Stelle den bereits mitgeteilten Einheits-tarif mit dem Preis von 13 Pf. beim Lösen von „Fahrscheinbündeln“, 15 Pf. für Einzelfahrschein und 25 v. H. Zuschlag auf die Zeitkarten setzen. Die Ausführungen schließen:

„Gegenüber dem Vorwurf, daß wir durch den erhöhten Einheits-tarif eine enorme Bereicherung unserer Aktionäre herbeiführen wollen, betonen wir wiederholt, daß wir nichts weiter erstreben, als eine wirtschaftliche Lage, die es ermöglicht, das zum Ausbau weiterer Bahnstrecken und zur Beschaffung neuer Wagen erforderliche Kapital heranzuziehen, eine Lage, wie sie etwa vor dem Kriege bestand. Einen etwaigen Mehrertrag sind wir jederzeit bereit gewesen, in Form einer hohen Gewinnbeteiligung an die Gemeindefassen abzuführen, so daß er der Allgemeinheit wieder zugute käme.“

Was wir zu dieser drohenden neuen Belastung des Publikums durch die Tarifreform zu sagen hatten, haben wir bereits gesagt. Die schwarzseherischen Begründungen der Straßenbahngesellschaft werden ja von den zuständigen Stellen gewissenhaft geprüft werden, und es fragt sich sehr, ob die Gründe anerkannt werden.

Im übrigen sei noch mitgeteilt, daß der Unterausschuß für Verkehrsfragen des Verbandes Groß-Berlin, über dessen Sitzung wir bereits berichteten, gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reicke in mehrstündiger Sitzung das vorliegende Material eingehend erörterte. Zur Fortsetzung der Beratung und näheren Prüfung der schwebenden Verkehrsfragen, für die weitere Unterlagen den Mitgliedern des Unterausschusses zugänglich gemacht werden sollen, wurde eine neue Sitzung für Mitte September in Aussicht genommen.